

AUSGABE 4 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Round-Table zur Ukraine beim
Bundeskanzler

Nahverkehr fehlen
1,7 Milliarden Euro

Umfrage zum Trinkwasser
in Deutschland

Urban Summit

AUS DEN STÄDTEN

Nürnberg erweitert
Fußgängerzone

Düsseldorf lässt fast 250.000
Blumen blühen

Kioske in Essen bieten
Gesundheitsberatung

FORUM

20 Jahre Welterbe der Menschheit:
Stralsund und Wismar feiern

FACHINFORMATIONEN

PERSONALIEN



Round Table Ukraine beim Bundeskanzler zur Aufnahme Geflüchteter

Wie lässt sich für die Hilfesuchenden aus der Ukraine schnell und unbürokratisch Unterstützung organisieren? Wie ist die aktuelle Situation dieser Menschen? Was brauchen sie für ein gutes Ankommen, eine gute Versorgung und eine sichere Perspektive? Wie lassen sich Teilhabechancen schaffen?

Diese Fragen berieten am 25. April zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Ländern, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Verbänden beim Round Table Ukraine im Bundeskanzleramt. Dabei stand das Gelingen einer Integration und die Unterbringung in Schulen, Kitas und in den Arbeitsmarkt und die Unterstützung vulnerabler Gruppen im Mittelpunkt der Diskussion.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte mit Blick auf die Veranstaltung, an der er teilnahm: „Es macht fassungslos, dass die Gewalt durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine immer noch kein Ende

gefunden hat. Die deutschen Städte tun deshalb weiterhin alles, um den Geflüchteten aus der Ukraine schnell zu helfen. Vor Ort schieben wir auch die Integration an. Die Städte haben gemeinsam mit den Bundesländern begonnen, Kinderbetreuung und Unterricht für ukrainische Kinder zu organisieren. Hier brauchen wir deutlich mehr Kapazitäten.

In vielen Städten gibt es großen zusätzlichen Bedarf für Kinderbetreuung und Schulunterricht. Deshalb müssen die Angebote kurzfristig ausgebaut werden. Wir brauchen schnelle Anerkennungsverfahren für Lehrkräfte und Erzieherinnen aus der Ukraine. Und an den Kosten für den Ausbau der Angebote sollte sich der Bund finanziell beteiligen.

Bildung ist der Schlüssel dafür, dass sich Jung und Alt schnell in Deutschland zurechtfinden. Ukrainische Kinder und Jugendliche müssen schnellstens zur Schule gehen können. Für einen großen Teil der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen

Foto: Paul-Philipp Braun



„Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und den Weg in die deutsche Gesellschaft ebnen.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages

wurden in den Ländern Willkommensklassen eingerichtet. Erste Bildungsangebote brauchen wir aber auch in zentralen Unterbringungseinrichtungen der Länder und in kommunalen Flüchtlingsunterkünften – und zwar schon vor einer Registrierung. Die Länder müssen sich darum kümmern, dass das gelingt.

Die Städte sind Motor der Integration. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und den Weg in die deutsche Gesellschaft ebnen.“

Dank auch an Länder und Kommunen

Neben den Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft gebühre Dank auch Ländern und Kommunen, der Wirtschaft und den Gewerkschaften, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den zahlreichen Migrationsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, die letztlich mit großem Engagement die Weichen für ein gutes Ankommen in unserem Land stellen würden.

TITELFOTO

Bundeskanzler Olaf Scholz dankt Zivilgesellschaft

Bundeskanzler Olaf Scholz und Staatsministerin Reem Alabali-Radovan dankten den vielen haupt- und ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern. Sie seien in den vergangenen Wochen über sich hinausgewachsen. Viele Bürgerinnen und Bürger spenden Geld oder Hilfsgüter, nehmen Geflüchtete in ihren Wohnungen auf oder sind in örtlichen Initiativen tätig. Das und vieles mehr sei ein Verdienst von zahlreichen Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft.

(Foto: Bundesregierung, Kugler)

Nahverkehr fehlen 1,7 Milliarden Euro

Der Deutsche Städtetag sieht beim öffentlichen Nahverkehr eine Finanzierungslücke in Milliardenhöhe und fordert wegen des geplanten 9-Euro-Tickets mehr Geld vom Bund. Mit dem ermäßigten Ticket im Sinne der Klimaziele mehr Menschen für Bus und Bahn gewinnen zu wollen, sei zwar eine gute Idee. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy betonte am 25. April gegenüber der Deutschen Presse-Agentur aber auch:

„Wir sind allerdings skeptisch, ob das temporäre 9-Euro-Ticket ein wirksamer Anreiz ist, langfristig vom Auto auf Busse und Bahnen umzusteigen. Große Sorgen bereiten uns auch die Finanzierungspläne.“

Laut einem Gesetzentwurf aus dem Haus von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will der Bund in diesem Jahr Mittel für die Länder zur Finanzierung des Nahverkehrs um 3,7 Milliarden Euro erhöhen. Damit sollen auch die Kosten für das 9-Euro-Monatsticket gezahlt werden – von Juni bis Ende August sollen Fahrgäste im Nah- und Regionalverkehr für 9 Euro pro Monat fahren können.

„Wir sind allerdings skeptisch, ob das temporäre 9-Euro-Ticket ein wirksamer Anreiz ist, langfristig vom Auto auf Busse und Bahnen umzusteigen.“

Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Die Summe von 3,7 Milliarden Euro klinge zwar nach viel Geld, sagte Dedy. Sie reiche aber nicht, um das ermäßigte Ticket zu kompensieren und die bestehenden Lasten im öffentlichen Nahverkehr aufzulösen. „Die städtischen Verkehrsunternehmen schleppen spürbare Einnahmeverluste durch die Corona-Pandemie im Defizittrucksack. Hinzu kommen die steigenden Energiepreise, die die Nahverkehrsunternehmen mit jeder Tankfüllung und an jedem Betriebstag belasten.“

Nach Berechnungen des Städtetages fehlten rund 1,7 Milliarden Euro, sagte Dedy. Deshalb müssten die für den öffentlichen Nahverkehr erforderlichen Regionalisierungsmittel schnell und dauerhaft dem Bedarf angepasst werden. „Das 9-Euro-Ticket wäre ein guter Anlass für den Bund, die Rechnung noch einmal aufzumachen.“

Mit freundlicher Genehmigung der dpa, Deutsche Presse-Agentur, Hamburg, www.dpa.com



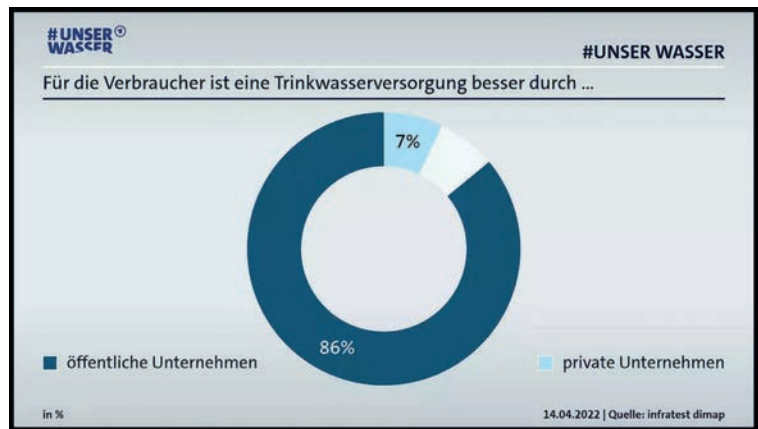
Foto: K+S Studios

„infratest dimap“ liefert Umfrageergebnisse zum Trinkwasser in Deutschland

Wenn Sie an die Versorgung mit Trinkwasser in Deutschland denken: Was ist für die Verbraucher Ihrer Meinung nach besser? Eine Trinkwasserversorgung durch öffentliche Unternehmen oder eine Trinkwasserversorgung durch private Unternehmen? Diese Frage stellt das Meinungsforschungsinstitut infratest dimap anlässlich des ARD-Themenschwerpunktes **#unserwasser**.

Ergebnis: 86 Prozent der Befragten wünschten sich eine Wasserversorgung durch öffentliche Unternehmen, 7 Prozent befürworteten eine Versorgung durch private Anbieter.

Dazu sagte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, dem SWR: „Wasser ist ein öffentliches Gut und muss es bleiben. Das Ergebnis der Infratest-dimap-Umfrage bestätigt das besondere Vertrauen der Menschen in die kommunale Wasserwirtschaft. Sie sichert in Deutschland eine hohe Qualität des Trinkwassers zu bezahlbaren Preisen. Wasser ist lebensnotwendig und kein Gut, um Gewinne zu erzielen. Kriege, Krisen und Pandemien verstärken den Wunsch nach sicherer, nachhaltiger und demokratisch legitimer Daseinsvorsorge. Das leisten Städte und ihre Betriebe.“



Weitere Umfrageergebnisse:

➔ www.daserste.de/-umfrage-infratest-100

Hintergrund der ARD-Themenwoche sind schwindende Wasservorräte, zunehmende Trockenheit und Wasserknappheit auch in Deutschland. Testergebnisse, Statements und ein vielfältiges Multimediaangebot zum Thema **#unserWasser** gibt es nachzulesen und nachzuschauen unter:

➔ daserste.de/unserwasser

Stadtspitzen aus G7-Staaten verabschieden „Urban7 Mayors Declaration“

Die Städte übernehmen eine wesentliche Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit – dieses Signal geht vom virtuellen Städtetag „U7 Mayors Summit“ aus. Stadtspitzen aus den G7-Ländern haben im Städtebündnis, das die deutsche G7-Ratspräsidentschaft flankiert, ihre Forderungen und Erwartungen an die Politik in eine gemeinsame Erklärung gegossen: Die „Urban7 Mayors Declaration“ wurde am 3. Mai verabschiedet und an die deutsche G7-Präsidentschaft übergeben.

Unter dem Motto „Die urbane Welt einbeziehen – Städte als Motor des Wandels für Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit“ hatte die Urban7-Allianz, bestehend aus dem Deutschen Städtetag, dem Städteternetzwerk ICLEI und dem Global Parliament of Mayors, zur Diskussion eingeladen. Beim virtuellen Treffen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Vertreterinnen und Vertretern von nationalen Städteverbänden aus den G7-Staaten und der EU ging es um die wesentliche Rolle der Städte, um die Vi-

sion der deutschen G7-Präsidentschaft von einer „Zukunft für eine gerechte Welt“ zu erreichen. Zentrale Themen der Diskussion waren der Krieg in der Ukraine, die Einbindung der Städte in Multi-Level-Governance und die globalen Herausforderungen der Städte beim Klimawandel und der Klimaanpassung. Auch der Status der Demokratie, nachhaltige Stadtentwicklung und die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) standen auf dem Themenplan.

In der gemeinsam beschlossenen „U7 Mayors Declaration“ betonten die Stadtoberhäupter aus den USA, Kanada, Japan, Italien, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland, dass globale Herausforderungen nur dann gelöst werden können, wenn alle Ebenen zusammenarbeiten. Die Städte sind dazu bereit, ihren Beitrag zu leisten. Ihr volles Potenzial kann aber nur dann ausgeschöpft werden, wenn die Städte strukturell als Partner einbezogen werden.

Foto: Ben van Skyhawk



„Die Urban7 begrüßen die bislang beispiellose Anerkennung der Bedeutung von Städten, Stadtentwicklung und der Multi-Level-Governance durch das G7-Programm. Wir sehen das als historische Chance.“

Oberbürgermeister
Dr. Peter Kurz
Sonderbeauftragter des
Deutschen Städtetages für den
Urban7-Prozess

Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages, sagte: „Mit dem Städtetageipfel unterstreichen wir: Die Städte sind der Motor des Wandels für Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit in der Welt. Der Krieg in der Ukraine zeigt deutlich, dass die freiheitliche Grundordnung nicht selbstverständlich ist. In der aktuell angespannten Weltlage ist die Städtediplomatie ein Hoffnungsschimmer, weil Städtepartnerschaften die Verbindungen zwischen den Menschen aufrechterhalten. Damit setzen sich die Städte – unabhängig von staatlichen Stellen – für den Frieden und Verständnis ein. Dafür arbeiten wir eng mit unseren Partnern in der Ukraine, in Polen und in Städtenetzwerken zusammen. Wir unterstützen einander durch Hilfslieferungen und Erfahrungsaustausche. Und wir geben den Geflüchteten eine sichere Unterkunft und zeigen Perspektiven für die Integration auf. Schon heute versprechen wir: Wir Städte werden da sein, wenn die Ukraine wieder aufgebaut wird.“

Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Vorsitzender des Global Parliament of Mayors und Sonderbeauftragter des Deutschen Städtetages für den Urban7-Prozess, betonte: „Die Urban7 begrüßen die bislang beispiellose Anerkennung der Bedeutung von Städten, Stadtentwicklung und der Multi-Level-Governance durch das G7-Programm. Wir sehen das als historische Chance. Die beschworene transformative Kraft der Städte für die großen globalen Herausforderungen kann aber nur genutzt werden, wenn sich das globale politische System verändert und Städte wirklich einbezieht, indem sie nicht in erster Linie als administrative Umsetzungsebene, sondern als eigenständige politische Ebene betrachtet werden, die gleichberechtigt die politischen Programme mit entwickelt.“

Staatssekretär Jochen Flasbarth, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sagte in seinem Redebeitrag: „Ich bin davon überzeugt, dass der Kampf um das Klima und um die Nachhaltigkeit in den Städten gewonnen oder verloren wird. Die Forderung der Urban7, nachhaltiger Stadtentwicklung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit hohe Priorität einzuräumen, entspricht den Schwerpunkten der deutschen Entwicklungspolitik. Die Bundesregierung hat daher auch in der Weiterentwicklung der Partnership for Infrastructure Investment (PII) darauf hingewirkt, Kommunen als eigene Akteure und Zielgruppen aufzuführen.“

Staatssekretär Dr. Rolf Bösing, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen unterstrich: „Der heutige Urban Summit ist ein großer Schritt für die Stärkung der kommunalen Ebene in multilateralen Partnerschaften und für die Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik. Ich lade die Städte der Urban7 ein, sich in die Stadtentwicklungsagenda der G7, an der mein Haus mit Nachdruck arbeitet, aktiv einzubringen. Gemeinsam werden wir die Bedeutung einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklungspolitik für die Lösung der großen Zukunftsaufgaben herausarbeiten und die Rolle echter Kooperation in Mehrebenenansätzen unterstreichen.“

Der „U7 Virtual Mayors Summit“ ist die bedeutendste Veranstaltung von Städten im Rahmen der deutschen G7 Präsidentschaft. Unterstützt wird die Urban7-Allianz durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

Weitere Informationen unter:
[➔ https://g7u7.org](https://g7u7.org)

Düsseldorf erblüht: Fast 250.000 neue Blumen für die Stadt

Rund 71.000 Tulpen, 18.000 Vergissmeinnicht, 19.000 Bellis, 11.000 Narzissen, mehr als 82.000 Stiefmütterchen und 1.700 Goldlackpflanzen, dazu Akeleien und Krokusse, haben Mitarbeitende des Gartenamts in den vergangenen Monaten in Gewächshäusern vorgezogen oder im Herbst als Zwiebeln in Pflanzbeeten eingesetzt. Insgesamt sind es fast 250.000 Blumen, die jetzt seit März die Parks, Grünanlagen, Friedhöfe und Blumenkübel der Stadt verschönern und Insekten Nahrung geben.

➤ www.youtube.com/stadtduesseldorf
 ➤ www.youtube.com/watch?v=I_wNT4ToL6k



Foto: Screenshot YouTube

Nürnberg erweitert Fußgängerzone

Die Stadt Nürnberg erweitert die Fußgängerzone in der Altstadt. Die Baumaßnahmen gehören zum „Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept Altstadt“ (INSEK Altstadt), das die Stadt bereits seit 2012 verfolgt. Es soll die Altstadt stärken und weiterentwickeln. Unter anderem entstehen zusätzliche Fahrradständer, Bänke, mobile Bäume und Abfallbehälter. Die Maßnahme wird mit Mitteln des Freistaats Bayern aus dem Sonderfonds „Innenstädte beleben“ gefördert.

➤ <https://t1p.de/fussgaengerzone-nuernberg>



Foto: Stadt Nürnberg, André Winkel SÖR

Essen: Gesundheitskioske bieten niederschwellige Beratung

Am 12. April hat in Essen einer erster Gesundheitskiosk eröffnet. In den Räumen einer alten Badeanstalt finden Menschen aus dem Stadtteil Beratung bei Fragen zur Gesundheitsförderung, Aufklärung zu Vorsorgeuntersuchungen, Hinweise bei Diabetes und weiteren Erkrankungen sowie zu Selbsthilfegruppen, Schwangerschaftsberatungen und Ernährungskursen. Betreiber ist eine extra für den Betrieb gegründete Gesellschaft unter Beteiligung der Stadt. Ein weiterer Kiosk ist im Aufbau.

➤ <https://t1p.de/gesundheitskioske>



Foto: Stadt Essen

Machen Sie mit beim Wettbewerb **KOMMUNE BEWEGT WELT**

Der Preis für herausragende entwicklungspolitische und kommunale Kooperationen



Preisgelder in einer Höhe von 138.000 EURO!

Lassen Sie Ihr gemeinsames Engagement auszeichnen!

Bewerbungsschluss: 3. Juni 2022

Alle Infos unter www.kommune-bewegt-welt.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit Ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Europa News 2|2022 erschienen

Die aktuelle Ausgabe widmet sich u. a. dem Krieg in der Ukraine und der Hilfe für Geflüchtete, der EU-Kohäsionspolitik und Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland sowie neuen Vorschriften für fairen Datenzugang und Datennutzung. Weitere Themen sind unter anderem die Konferenz zur Zukunft Europas, ein Gesetzespaket zur Kreislaufwirtschaft und ein Richtlinienvorschlag zur Sorgfalt innerhalb globaler Lieferketten. Tipps und Hinweise gibt es zu Solidaritätspartnerschaften und zur Ukraine-Hilfe über die Cities-for-Cities-Plattform sowie zum Neuen Europäischen Bauhaus-Festival.

➔ www.staedtetag.de/europa-news-2-2022

20 Jahre Welterbe der Menschheit: Stralsund und Wismar feiern

Von Steffi Behrend und Norbert Huschner

Die prachtvollen Giebelhäuser, Klosteranlagen, Rathäuser und Kirchen belegen den im Seehandel erworbenen Reichtum der beiden Hansestädte im 14. Jahrhundert. Vor allem die Zeugnisse der norddeutschen Backsteingotik, aber auch jene aus der nahezu 200 Jahre andauernden Schwedenzeit, sind Gründe, warum Stralsund und Wismar seit dem Jahr 2002 in einem Atemzug mit dem Grand Canyon oder den Pyramiden von Gizeh genannt werden..., denn sie sind von herausragendem Wert für die gesamte Menschheit und in die Welterbeliste der UNESCO eingetragen.

Am 27. Juni 2002 entschied das Welterbekomitee der UNESCO positiv über den gemeinsamen Antrag der beiden Hansestädte in Mecklenburg-Vorpommern. Und die Freude über den Welterbe-Titel hält bis heute an. Er hilft dabei, die „Historischen Altstädte Stralsund und Wismar“ zu bewahren und eröffnet Möglichkeiten der Zusammenarbeit, ob direkt vor Ort, national oder international.

Gleichzeitig zum 20jährigen Jubiläum der Aufnahme der „Historischen Altstädte Stralsund und Wismar“ in die Welterbeliste feiert die UNESCO in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Verabschiedung der Welterbekonvention.

Beides ist Anlass für die Städte, das Welterbe in diesem Jahr in besonderer Weise in den Blickpunkt zu rücken. Stralsund und Wismar haben ein Jahresprogramm zusammengestellt, das Besucherinnen und Besuchern beide Altstädte auf verschiedene Weise nahebringt: ob bei einer Führung oder in einer Ausstellung, während einer Lesung oder als Vortrag, in einem Konzert, Theaterstück oder Film.

➤ www.stralsund-wismar.de

Außerdem schauen die Städte über den eigenen Tellerrand hinaus. Sie blicken in diesem Jahr auf die Welterbe-Familie in ganz Deutschland mit ihren mittlerweile 51 Stätten und befördern in Konferenzen den nationalen Dialog. Denn Austausch, Zusammenarbeit und Kommunikation sind wichtige Anliegen der UNESCO-Arbeit.

Stralsund und Wismar wurde 2002 weltweite Bedeutung zuerkannt. Damit sind beide Städte auch Teil eines globalen Netzwerkes geworden und haben sich für beiden Städte neue Perspektiven auf die Welt eröffnet. Wir engagieren uns in Netzwerken, um Erfahrungen zu teilen und uns gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen auf einem aktuellen Stand zu halten.

Wir haben bei der Altstadtanierung mittlerweile einen großartigen Stand erreicht, freuen uns über ein hohes Besucherinteresse und sind dankbar für die breite Unterstützung vieler Akteurinnen und Akteure, denen unsere Altstädte am Herzen liegen. Mit unseren Welterbe-Besucherzentren haben wir zentrale Anlaufstellen geschaffen, um auch anderen die Welt und ihr schützenswertes Erbe nahe zu bringen.

Wir blicken mit einem guten Gefühl auf die zurückliegenden Jahre, doch vor uns liegen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Digitalisierung und der Pandemie. All das wird Einfluss haben auf die Welterbestätten und die in ihnen lebenden Menschen. All das wird auch Thema sein in diesem besonderen Jahr.

Wir freuen uns auf die Begegnung und den Austausch mit Ihnen und laden Sie herzlich ein, das Jubiläumsjahr in unseren beiden Städten mit uns zu feiern.

Steffi Behrendt, Welterbemanagerin Hansestadt Stralsund, und Norbert Huschner, Welterbemanager Hansestadt Wismar

Foto: Christian Rödel



Foto: Hansestadt Stralsund



Foto: Hansestadt Stralsund



DIE WELTERBE- UND HANSESTADT STRALSUND

Das Gründungsdatum der altherwürdigen Hansestadt – 1234 – ist der Beginn einer fast 800-jährigen wechselvollen Stadtgeschichte.

Neben dem repräsentativen Rathaus, den Backsteinkirchen oder Klöstern finden sich in der historischen Altstadt über 600 Denkmale. Viele von ihnen reihen sich frisch saniert und farbenfroh in den zum Hafen führenden Straßen aneinander. Stralsunds Kunstschatze und prächtige Orgeln können in den drei großen Backsteinkirchen bestaunt werden. In den Museen funkeln Kostbarkeiten aus der Vergangenheit, hier gibt es Geschichte zum Anfassen. Das Deutsche Meeresmuseum mit dem am Hafen gelegenen OZEANEUM zieht seine Gäste mit einer modernen Architektur und einer Reise durch die nördlichen Meere in den Bann.

Maritime und historische Stadtfeste wie die Hafentage und die Wallensteintage oder sportliche Events wie das Sundschwimmen und der Rügenbrückenmarathon bereichern das ganze Jahr über den Stralsunder Veranstaltungskalender.

Dazu die vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, kulinarische Angebote nach jedermanns Geschmack und nicht zuletzt eine gut ausgebauten Infrastruktur mit kurzen Wegen, Autobahnzubringer, Rügenbrücke und Radwegen machen Stralsund zum perfekten Ort zum Leben und Urlaub.

➤ www.stralsund.de

➤ www.stralsundtourismus.de

DIE WELTERBE- UND HANSESTADT WISMAR

In Wismars historischer Altstadt lässt sich der Aufbau einer mittelalterlichen Seehandelsstadt aus der Blütezeit der Hanse bis heute idealtypisch erkennen und begreifen. Der Stadtkern hat seinen städtebaulichen Grundriss mit Straßen- und Platzräumen, Parzellen- und Quartiersstrukturen und mit dem Alten Hafen bis in die Gegenwart nahezu unverändert bewahren können. Die UNESCO erkannte dieses reiche Erbe an und wertschätzte es vor 20 Jahren mit der Verleihung des Welterbestatus.

Einen Blick 100 Jahre zurück gestattet der im Jahr 1922 uraufgeführte Stummfilmklassiker „Nosferatu – Eine Symphonie des Grauens“. Mit den fünf Wismarer Drehorten stehen authentische Filmaufnahmen zur Verfügung, die einen besonderen Blick in die Vergangenheit gestatten. Der Alte Hafen, das Wassertor, der Hof des Heiligen-Geist-Spitals, der Außenbereich von St. Georgen und eine Sequenz, die vom Marienkirchturm auf den Marktplatz mit der Wasserkunst schaut, sind einmalige filmische Dokumentationen des Stadtbildes vor 100 Jahren und gestatten den direkten Vergleich mit heute. Das Doppeljubiläum „20 Jahre Welterbe“ und „100 Jahre Nosferatu“ mit den vielen Veranstaltungen dazu ist ein glücklicher Umstand für die Hansestadt Wismar und seine Bewohner, Besucher und Gäste.

➤ www.wismar.de



Foto: Nicole Holiatz



Foto: TZ Wismar, A. Rudolph



Foto: Voister



Foto: Stadtwerke Stuttgart GmbH

Förderung von kommunalen Elektromobilitätskonzepten

Das Bundesverkehrsministerium unterstützt Kommunen und Unternehmen, nutzerorientierte und innovative Elektromobilitäts- und Ladeinfrastrukturkonzepten zu erarbeiten. Dafür können Förderanträge eingereicht werden. Denkbar sind zum Beispiel Planungen zur Elektrifizierung der Fahrzeugflotten und kommunaler Verkehre, Ladeinfrastrukturkonzepte sind denkbar oder nachhaltige Logistik- und Mobilitätskonzepte.

➔ www.ptj.de/projektfoerderung/elektromobilitaet-bmvi/konzepte

Über die Förderrichtlinie Elektromobilität wurden seit 2015 eine Vielzahl an Elektromobilitäts- und Ladeinfrastrukturkonzepten realisiert. Die Konzepte sind abrufbar unter:

➔ www.starterset-elektromobilitaet.de



Kurzstudie zur digitalen Transformation

Wie ist die Gestaltung der digitalen Transformation und das Smart City-Management auf kommunaler Ebene organisiert? Was sind Erfolgsfaktoren, was sind Herausforderungen? Wo können andere Kommunen voneinander lernen? Antworten darauf will die Kurzstudie Organisation der digitalen Transformation geben, initiiert von Prognos und Behörden-Spiegel in Abstimmung und mit Unterstützung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages. In diesem Monat erscheinen die Ergebnisse im Rahmen des jährlichen Trendreports Digitaler Staat.

➔ <https://trendreport.digitaler-staat.org>



Umweltministerium startet Sofortprogramm Klimaanpassung

Mit einem Sofortprogramm Klimaanpassung will das Umweltministerium bisher befristete, auf Modellprojekte ausgerichtete Programme zu einer Standardförderung ausbauen. Im Fokus stehen 1. Förderung und Kompetenzaufbau, 2. Information und Beratung vor Ort und 3. die Vernetzung aller relevanten Akteure. Zu den Beratungsangeboten gehören 100 lokale Anpassungsmanagerinnen und -manager, die Kommunen bei Klimaanpassungskonzepten helfen, ein Beratungsprogramm für Hitzeaktionspläne und Klimaanpassungskonzepte für Krankenhäuser, Kitas und Pflegestationen.

➔ www.staedtetag.de/mitglieder/dezernat-6/2022/natuerlicher-klimaschutz-und-sofortprogramm-klimaanpassung

Wiederwahl

Neu im Amt



Foto: Marko Schoeneberg



Foto: Helmut Gross



Stendal: Zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Stendal wurde **Bastian Sieler** (parteilos) gewählt. Er tritt sein Amt am 1. August an. Sieler folgt auf den langjährigen Oberbürgermeister Klaus Schmotz. Der Christdemokrat war nach 21 Jahren im Amt nicht mehr zur Wahl angetreten.

Lutherstadt Wittenberg: **Torsten Zugehör** (parteilos), Oberbürgermeister von Lutherstadt Wittenberg, wurde in seinem Amt bestätigt. Zugehör steht seit 2015 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seitdem auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Oberbürgermeister **Melf Grantz**, Stadt Bremerhaven, wird am 22. Mai 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2011 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seitdem auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Stadt Bayreuth

Thomas Ebersberger (CSU), Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, feiert am 27. Mai seinen 65. Geburtstag. Er leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt.



Foto: Manfred Grohe

Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen), Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, feiert am 28. Mai seinen 50. Geburtstag. Palmer engagiert sich in diesem Spitzenamt der Stadt seit gut 15 Jahren.

“

Was wir lokal konsumieren, macht global einen Unterschied.

Stefanie Seiler, Oberbürgermeisterin von Speyer

Als FairTradeStadt setzt sich Speyer für gerechte Handelsbeziehungen weltweit ein. Den Bürgerinnen und Bürgern bietet die Kommune niedrigschwellige Informationen, um den eigenen Konsum nachhaltig zu gestalten: zum Beispiel mit dem Fairen Einkaufsführer Speyer.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Alle 40 | 53113 Bonn www.engagement-global.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de